

28. April 2025

Stellungnahme SPD GR-Fraktion zu Top 7

Neufassung der Gebührensatzung für die städtischen Kindertageseinrichtungen in Rheinfelden (Baden)

Zunächst möchte ich mich im Namen der SPD-Fraktion für die Vorbereitung dieses sehr komplexen Themas bedanken und auch für die schnelle Antwort auf unsere Anfrage.

Die Einführung der Betreuungsform Ganztags 40 Stunden unter den in der Vorlage genannten Bedingungen befürworten wir, ebenso begrüßen wir, dass die Gehaltsstaffelung nunmehr auf drei Einkommensstufen reduziert werden soll. Die Koppelung der Gehaltsstufen an den Mindestlohn und den durchschnittlichen Bruttolohn halten wir für eine praktikable Methode.

Für größere Diskussionen hat hingegen der Punkt 3 der Beschlussvorlage, also die geplante Gebührenerhöhung, in der Fraktion gesorgt.

15 % Erhöhung 2025 und nochmal 15 % im Jahr 2026 sind schon sehr große Schritte, die zu einer erheblichen Mehrbelastung der Eltern führen. Noch extremer fällt die geplante Mehrbelastung aber bei den Einkommen von unter 73.000 Euro im Jahr aus. Hier hätten wir dann teilweise Erhöhungen von ca. 35, 70 oder 80 Prozent.

Die Möglichkeit, einen Antrag auf Unterstützung durch die Jugendhilfe des Landkreises zu stellen, hilft hingegen nur der alleruntersten Einkommensgruppe, bis zu einem Jahresbruttoeinkommen von 31.000 Euro.

Vor diesem Hintergrund haben wir die Verwaltung um eine Variante gebeten, welche die mittleren Einkommenschichten weniger stark belastet. Die daraufhin vorgeschlagene Variante 3 hat uns dann letztlich aber auch nicht überzeugt.

Wir sehen natürlich, dass wir dringend Einnahmen für den städtischen Haushalt brauchen, wir sehen, dass wir von dem empfohlenen 20 % Kostendeckungsgrad weit entfernt sind. Tatsache ist aber auch, dass wir diese empfohlenen 20 Prozent in den letzten Jahren nie erreicht haben und dass es den allermeisten Kommunen in Baden-Württemberg genauso geht.

Die Kommunen werden von Bund und Land mit immer mehr Pflichtaufgaben belegt, werden aber nicht entsprechend finanziert. Die FAG-Zuweisungen des Landes sind in den letzten Jahren gesunken. Anstatt die vorgesehenen 40-45 Prozent steuert das Land gerade einmal 29 % zur Kostendeckung der Kitagebühren bei.

Wir können uns diese Diskrepanz nicht von den Eltern holen. Kitagebühren müssen bezahlbar bleiben und können nicht beliebig gesteigert werden. Im Falle der Krippen schlägt die Verwaltung ja mittlerweile selbst sogar eine Reduzierung der Gebühren vor.

In kaum einem anderen Industrieland sind die Bildungschancen eines Kindes so sehr vom Einkommen der Eltern abhängig wie in Deutschland. Gerade die frühkindliche Bildung spielt hier eine tragende Rolle. Und auch in Rheinfelden fehlen trotz Rechtsanspruchs weiterhin Kitaplätze und fallen Betreuungszeiten aus.

Vor diesem Hintergrund lehnt die Fraktion mehrheitlich die vorgeschlagene Erhöhung um zweimal 15 Prozent ab. Da es zahlreiche weitere vorgeschlagene Varianten gibt, werden wir vermutlich nicht einheitlich abstimmen.

Für die SPD-Fraktion: Eveline Klein